

# Agrarwende und Gentechnik

von Martin Hofstetter und Christoph Then

Im Zusammenhang mit der „Agrarwende“ ist der Umgang mit der Grünen Gentechnik wohl das umstrittenste Thema. Kanzler, Wirtschaft und die Ministerien für Gesundheit, Forschung und Wirtschaft treten offensiv für eine intensive Förderung der Gentechnik in der Landwirtschaft ein. VerbraucherInnen sowie viele Landwirte und Lebensmittelhersteller sind sich hingegen in der Ablehnung der Gentechnik einig. Eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, die sich an den Wünschen der Verbraucher ausrichtet und deren Schwerpunkte der Ausbau des ökologischen Landbaus sowie die Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft sind, gerät zwangsläufig in Konflikt mit einer grünen Gentechnik: Denn deren Verbreitung kann nur unzureichend kontrolliert und die Sicherheit der VerbraucherInnen nicht garantiert werden und sie führt fast zwangsläufig zu einer verstärkten Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Dabei wäre jetzt der politische Spielraum gegeben, sinnvolle und notwendige Schritte einzuleiten, um der Agrarwende eine echte Chance zu geben. Gelegenheit geben dazu u. a. die Neufassung des Gentechnikgesetzes, neue Gesetzesvorhaben der Europäischen Union zur Kennzeichnung von Saatgut, Lebens- und Futtermitteln und die Diskussion des Bundestages über die EU-Gen-Patentrichtlinie.

## Dazu acht wichtige Forderungen:

### 1. Unkontrollierte Ausbreitung von Gentechnikprodukten stoppen

Die ungewollte Verbreitung des Gen-Maises Starlink in den USA zeigt, wie leicht auch nicht zugelassene Gen-Saaten unkontrolliert in Verkehr gelangen können. Nachdem der nur als Futtermittel zugelassene Mais im Jahr 2000 in den USA und Asien auch in Lebensmitteln aufgespürt wurde, geht der Hersteller des Starlink-Maises, die Firma Aventis, davon aus, dass die Konstrukte wohl nie wieder vollständig aus dem Verkehr gezogen werden können. Der Fall „Starlink“ und die auch

in Europa immer wieder festgestellten Fälle von GVO-kontaminiertem Saatgut zeigen, wie notwendig systematische Kontrollen bei Saatgut und Lebensmitteln sind (GVO = gentechnisch veränderte Organismen).

Auch die Überwachung von experimentellen Freisetzung muss verbessert werden, um zu verhindern, dass von dort ausgehend angrenzende Felder mit nicht zugelassenen Gen-Konstrukten kontaminiert werden.

Grenzwerte helfen bei ungeprüften oder nicht zugelassenen Gen-Konstrukten nicht weiter: Produkte, in denen entsprechende Gene gefunden werden, müssen vom Markt genommen und die Anbauflächen entsorgt werden. Der Schutz von Umwelt und Verbraucher muss im Hinblick auf nicht getestete und nicht genehmigte Konstrukte absoluten Vorrang haben.

Um zudem Landwirte und Lebensmittelhersteller vor der ungewollten Ausbreitung der Gentechnik in ihren Produkten zu schützen, ist neben entsprechenden Kontrollen auch eine frühzeitige vollständige Offenlegung aller Anbauflächen mit GVOs durch ein Flächenkataster notwendig.

### 2. Risikoforschung ohne massive Ausweitung der Freisetzungsflächen fördern

Die Industrie fordert großflächige Freisetzungsvorversuche von genveränderten Pflanzen, um ihre Eignung für den landwirtschaftlichen Anbau testen zu können. Der Anbau soll durch ein staatlich organisiertes Monitoring begleitet werden. Die bisherige Praxis zeigt aber, dass dieses Monitoring nicht unbedingt darauf ausgerichtet ist, neue Erkenntnisse für die Risikoforschung zu gewinnen. So wurde im Jahr 2001 in Versuchen, die vom Bundesforschungsministerium koordiniert wurden, u. a. herbizidresistenter Mais der Firma Aventis auf etlichen Hektar ohne jede Kennzeichnung angebaut, obwohl die Sortenzulassung für diesen Mais gestoppt worden war. Auf Nachfrage teilte die Firma Aventis mit, dass an diesem Mais keine Risikoforschung betrieben würde, weil man gar nicht wisse, was man an diesem Mais untersuchen

solle. Es gehe nur um die Prüfung wirtschaftlicher Leistungsmerkmale.

Durch die Ausweitung der Freisetzungsf lächen wird die unkontrollierte Ausbreitung der Grünen Gentechnik gefördert. Doch lassen sich viele zentrale Fragen der Risikobewertung auf großen Anbauflächen nicht besser untersuchen als auf kleinen Flächen. Dazu gehören beispielsweise die ungewollte Entstehung neuer Inhaltsstoffe sowie die Beeinträchtigung von wichtigen Stoffwechselabläufen in der Pflanze, die durch die derzeit verwendeten („Schrotschuss-“) Methoden provoziert werden. Bevor GVOs massenhaft freigesetzt werden, müssten erst viele ungeklärte Fragen über die molekulargenetischen Grundlagen beantwortet werden. Eric Lander, der wesentlich zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms beigetragen hat, fasst die derzeitige Situation mit den Worten zusammen: „Je mehr wir über das Erbgut wissen, desto mehr Fragen tun sich auf.“

### **3. Kennzeichnung bei Lebens- und Futtermitteln verbessern**

Immer noch ist die Kennzeichnung von Produkten aus gentechnisch veränderten Pflanzen unbefriedigend. Bei Ölprodukten, die aus Soja oder Mais hergestellt werden, kann der Verbraucher bis heute nicht erkennen, ob genmanipulierte Pflanzen als Ausgangsbasis dienen.

Auch Futtermittel unterliegen immer noch keiner Kennzeichnungspflicht. Die Europäische Union will sich dieser Probleme jetzt endlich annehmen. Die Bundesregierung muss hier die Interessen der Verbraucher und Landwirte konsequent vertreten, um mehr Transparenz in den Lebensmittel- und Futtermittelmarkt zu bringen und notfalls auch im Alleingang eine bessere Kennzeichnung einführen.

### **4. Zulassungsverfahren bei Futtermitteln einführen**

Futtermittel unterliegen derzeit keinem Genehmigungsverfahren. Zwei Beispiele, die für die derzeitige Situation typisch sind:

- Von den Gen-Sojabohnen der Firma Monsanto ist bekannt, dass sie an Rindern nicht ausreichend getestet wurden, dass die importierte Ware sogar Genabschnitte enthält, die von Monsanto gar nicht angegeben wurden.
- Herbizidresistenter Mais der Firma Aventis, der als Silage verfüttert werden soll, wurde in ge-

häckselter und silierter Form nie bei Fütterungsversuchen getestet.

Doch diese Unzulänglichkeiten bleiben für das Inverkehrbringen als Futtermittel ohne Konsequenzen: Denn für Futtermittel aus Gen-Pflanzen gibt es in der EU derzeit kein vorgeschriebenes Genehmigungsverfahren. Die Einführung dieser Verfahren muss jetzt von der Bundesregierung forciert werden.

### **5. Gentechnikfreie Landwirtschaft fördern durch zweites Siegel**

Neben dem Ökosiegel wird seit mehreren Monaten über ein zweites sogenanntes konventionelles Siegel diskutiert. Entscheidend für das Gelingen einer fortschrittlichen Landwirtschaftspolitik wird sein, ob und mit welchen Kriterien dieses Siegel für konventionelle Landwirtschaft geschaffen wird. Die Verbraucher werden diesem Siegel nur dann trauen und es akzeptieren, wenn es u. a. einen Ausschluss der Gentechnik auf den wesentlichen Produktionsstufen enthält. Nebeneffekt: So kann zudem ein echter Wettbewerbsvorteil für Produkte aus heimischer Landwirtschaft geschaffen werden.

### **6. Zuständigkeiten neu regeln**

Bei der Neufassung des Gentechnikgesetzes müssen die Zuständigkeiten für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen neu geregelt werden. Die Genehmigungsverfahren und die Bewertung von umweltrelevanten Untersuchungen sollten dem Gesundheitsministerium entzogen werden und in die Zuständigkeit des Umweltministeriums und seiner nachgeordneten Behörden gegeben werden. Verfahren, die Novel Food und Novel Feed betreffen, sollten vom Verbraucherministerium überwacht werden, wie das derzeit bereits zum Teil der Fall ist.

### **7. Vereinfachte Verfahren abschaffen**

Das sogenannte vereinfachte Verfahren ermöglicht es, Experimente mit gentechnisch veränderten Pflanzen nach einmaliger Genehmigung an anderen Orten und innerhalb mehrerer Jahre einfach nachzumelden. Die betroffenen Gemeinden werden nur unzureichend informiert, die Möglichkeit für die Öffentlichkeit, Stellungnahmen abzugeben und sich gegen die Freisetzung zu wehren, sind dadurch erheblich eingeschränkt. Im Rahmen des neuen Gentechnikgesetzes sollten diese Verfahren, die vielfach von betroffenen Bürgern kritisiert wurden, endlich abgeschafft werden.

## 8. Gen-Patente verbieten

Im Rahmen der Diskussion um die Gen-Patentrichtlinie der EU muss eine Initiative gestartet werden, um Pflanzensorten und Saatgut vor dem Monopolanspruch der Gen-Industrie zu bewahren. Patente auf pflanzengenetische Ressourcen bedeuten die exklusive Kontrolle von Saatgut, Anbau und Lebensmittelherstellung durch internationale

Konzerne, die damit Agrarwenden jeglicher Art ad absurdum führen können.

### Autoren

Martin Hofstetter und Christoph Then, Gentechnikexperten von Greenpeace Deutschland.

Kontakt: martin.hofstetter@greenpeace.de bzw. christoph.then@greenpeace.de

## Entwicklungshilfe ist nicht nur Technologietransfer

Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und seine Machbarkeitsfantasien

von Lorenz Petersen

*Gentechnik und Agrarindustrie sollen es richten. Das findet Mark Malloch Brown, Chef des United Nations Development Programme (UNDP, Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen). Zur Argumentationshilfe bedient er sich selektiv beim Human Development Report, jährlich verfasst von auswärtigen Experten für UNDP. Durch die in den nördlichen Ländern weit verbreitete Skepsis gegenüber Gen-Food würde den Entwicklungsländern der Zugang zu einer Technologie verbaut, mit deren Hilfe Hunger und Armut bekämpft werden könnten, so Malloch Browns These. Tatsächlich hat die Skepsis gegenüber den Segnungen der Genfirmen nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und zum Teil in Afrika in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dies aus guten Gründen: Die mit der Gentechnik verbundenen ökologischen Risiken sind nicht erforscht, die bislang vermarkteten genmanipulierten Nutzpflanzen sind vor allem an die Bedürfnisse industrialisierter Landwirtschaft in Nordamerika und nicht an die der Bauern in Entwicklungsländern angepasst. Der Verdacht drängt sich auf, dass Loblieder auf die Gentechnologie als Mittel zur Sicherung der Welternährung weniger die Bedürfnisse der Armen im Süden im Auge haben, sondern die bislang fehlende Akzeptanz in den eigentlichen Zielmärkten wie der Europäischen Union und den wohlhabenderen Ländern Asiens stiften sollen. Lorenz Petersen, Leiter für den Bereich Gentechnik bei Greenpeace International und vorher sechs Jahre als Agrarökonom bei der Welternährungsorganisation FAO in Rom, setzt sich mit den Argumenten des UNDP-Berichtes im Detail auseinander.*

*Recall the face of the poorest and the weakest person you have seen, and ask yourself, if the steps you contemplate are of any use to him.*

Mahatma Gandhi

Der UNDP Development Report gehört zu den wenigen Veröffentlichungen in der Entwicklungspolitik, die jedes Jahr größeres internationales Medienecho hervorrufen. Das liegt an den oft in-

teressanten Fragestellungen, die dort jedes Jahr verhandelt werden und an dem „Entwicklungsranking“, welches alle Länder vergleicht. Ländervergleiche interessieren ganz besonders dann, wenn sich die zugrundeliegenden Daten nicht nur auf eingeschränkt aussagefähige Indikatoren beziehen (wie Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung), sondern wenn versucht wird, Bildung und Ausbildung, Lebenserwartung, Gleichstellung der Geschlechter, medizinische Versorgung oder